



Der h. Feiertage wegen erscheint die nächste Nummer Dienstag, den 18. Mai.

Amtlicher Theil.

Heute, den 15. Mai 1880, gelangt das III. Stück des diesjährigen krainischen Landesgesetzblattes zur Ausgabe und Veröffentlichung.

Dasselbe enthält unter Nr. 5 die Kundmachung des k. k. Landeslehrerathes für Krain vom 29. April 1880, Z. 737, betreffend die Supplirung von Lehrstellen an öffentlichen Volksschulen in Krain.

Von der Redaction des Landesgesetzblattes.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landes- als Pressgericht in Strassachen zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt der Nr. 2993 der Zeitschrift „Deutsche Zeitung“ ddo. 4. Mai 1880, durch den darin enthaltenen Feuilletonartikel mit der Ueberschrift: „Religiös-sittlich von Siegfried Lipiner“, dessen ganzem Umfange nach und insbesondere in den Stellen „Die Höhe des menschlichen Intellectes“ bis zum Schlusse das Vergehen nach § 303 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht in Brünn hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntniffe vom 4. Mai 1880, Z. 6380, die Weiterverbreitung der in London erscheinenden Zeitschrift „Freiheit“ Nr. 14 vom 3. April 1880 wegen des Artikels „Der Klassenkampf“ nach § 302 St. G., wegen des Artikels „Oesterreich-Ungarn“ nach § 300 St. G., dann wegen des Artikels „Die besitzlosen Handarbeiter an die besitzlosen Kapitalarbeiter“ nach §§ 58 c und 59 c St. G., ferner der Nr. 17 derselben Zeitschrift vom 24. April 1880 wegen des Artikels „Eine wilde verwegene Jagd“ nach den §§ 302 und 305 St. G., wegen des Artikels „Das Proletariat“ nach den §§ 58 c und 59 c St. G., wegen des Artikels „Die letzte Weichte“ nach § 122 d St. G. und wegen des Artikels „Oesterreich-Ungarn“ nach § 300 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreichischer Reichsrath.

95. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. Mai.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Stremayr, Falkenhayn, Prajak.

Der Präsident theilt mit, dass die Elbeschiff-fahrtsacte von der Regierung zurückgezogen wurde.

Abg. Bak berichtet über das neue Zuckersteuergesetz. Dasselbe wird ohne Debatte zum Beschlusse erhoben. Die vom Ausschusse vorgeschlagenen Resolutionen lauten: a) Die Regierung wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der königlich ungarischen Regierung in der Sitzungsperiode 1880/81 eine Gesetzesvorlage zu machen, durch welche von der Erzeugungsperiode 1886/87 ab die Einhebung der Zuckersteuer nach der Menge des Erzeugnisses, und zwar ausschließlich nur des Erzeugnisses an fertigem condensationsfähigem Ganzfabricate, festgesetzt wird und die Modalitäten dieser Einhebungsort bestimmt werden; b) die Regierung wird aufgefordert, die Frage einer eingehenden Erwägung zu unterziehen, ob es sich nicht empfehlen würde, schwere, dolose Gefälligkeitsdelicte der criminellen Bestrafung zu unterziehen.

Abg. Graf Wetter beantragt eine Resolution, betreffend die Beseitigung der in anderen Staaten bestehenden Prämien auf Export von Zucker und die Vorlage eines Gesetzes über die Besteuerung des Zuckers nach dem erzeugten Producte im Jahre 1881. Nach kurzer Debatte, in welcher die Abg. Aupitz, Ed. Sueß, Heinrich Lam, Plener und Siegl das Wort ergreifen, wird die Resolution des Abg. Wetter angenommen; ebenso die Resolution b des Ausschusses.

Der 9. Jahresbericht der Staatsschulden-Controll-commission wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.

Das Gesetz, betreffend eine Aenderung der Reichsraths-Wahlordnung bezüglich einiger Landgemeinden in Galizien, wird zum Beschlusse erhoben.

Es folgen die Delegationswahlen. Diefelben ergeben folgendes Resultat:

Böhmen: Plener, Ruf, Oppenheimer, Stöhr, Ester, Streeruwitz, Schier, Barentner, Hallwich, Koh. Ersatzmänner: Roser, Tausche. Dalmazien: Klaič. Ersatzmänner: Borelli. Galizien: Chranowski, Czerkawski, Cufek, Dunajewski, Grochowski, Javorzki, Rydzowski, Smolka. Ersatzmänner: Czajkowski, Madenski.

Niederösterreich: Raab, Granitsch, Ed. Sueß. Ersatzmann: Lustlandl. Oberösterreich. Die liberalen Abgeordneten erklären, dass sie sich an der Wahl nicht betheiligen. Gewählt werden: Pflügl und Brandis. Ersatzmann: Zeilberger. Salzburg: Lienbacher. Ersatzmann: Neumayr. Steiermark. Die clericalen Abgeordneten erklären, sich der Wahl zu enthalten. Gewählt werden: Wurmbbrand, Lohninger. Ersatzmann: Heilsberg.

Krain: Hohenwart. Ersatzmann: Boklukar. Kärnten: Ritter. Ersatzmann: Nischwitzer. Bukowina: Kochanowski. Ersatzmann: Jotta. Mähren: Gudenau, Sturm, Beer, Schrom. Ersatzmänner: Promber, Fanderlik. Schlesien: Demel. Ersatzmann: Beeß. Tirol: Hippoliti, Greuter. Ersatzmann: Sternbach. Vorarlberg: Delz. Ersatzmann: Thurnher. Görz: Coronini. Ersatzmann: Pajer. Istrien: Vidulich. Ersatzmann: Franceschi. Triest: Wittmann. Ersatzmann: Rabl. Nächste Sitzung unbestimmt.

Zur Situation in Deutschland.

Die Rückschau, welche die Organe aller Parteien auf die am Montag geschlossene Session des deutschen Reichstages werfen, fördert nicht viel Tröstliches zutage. Es waren bewegte, mühevollere Tage, reich an Arbeit und arm an erprießlichen Errungenschaften. Die negative Thätigkeit wog schwerer als die positive. Von zwölf Regierungsvorlagen blieben acht unerledigt, darunter die Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden, das Brausteuergesetz und zuletzt der Elbeschiff-fahrtsvertrag. Abgelehnt wurde nach langen und schweren Kämpfen die Samoa-Vorlage. Angenommen wurden dagegen die allerdings schwerwiegenden Vorlagen über die Militär-gesetz-novelle, über Verlängerung des Socialisten-gesetzes und über das Wuchergesetz. Eine stetige compacte Majorität war während der Session nicht aufzutreiben; die Gruppen verschoben sich von Fall zu Fall. Die Conservativen und das Centrum setzten das Wuchergesetz gegen die National-Liberalen, die Conservativen und die National-Liberalen die Militär-novelle und das Socialistengesetz gegen das Centrum durch. Die Vertagung oder vielmehr die discrete Ablehnung der Elbeschiff-fahrtsacte, die dem Reichskanzler empfindlichste parlamentarische That, erfolgte endlich durch die Coalition des Centrums, der Fortschritts-partei und der großen Mehrzahl der National-Liberalen gegen die Conservativen. Die Majoritäten kamen und giengen je nach der Natur der dem Hause unterbreiteten Vorlage und je nach der Phase, in der sich der reichskanzlerische Wille den Sonderinteressen der Parteien zuneigte. Die glücklichste Erledigung fand die Novelle zum Militär-gesetz, ein von der patriotischen Hingebung der Nation für die Sicherheit des Reiches und die Erhaltung des Friedens willig dargebrachtes schweres Opfer. Weit spröder zeigte sich dagegen die parlamentarische Bereitwilligkeit allen anderen Reformen gegenüber, welche in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vermehrung und Erhöhung der Steuern standen. Auf diesem Felde schwanken die conservativen, die clericalen und die liberalen Gruppen immer zwangloser und mit dem täglich wachsenden stillen Triebe durcheinander, eher in einer Majorität gegen, als in einer Majorität für die steuerpolitischen Neuerungen der Reichsleitung sich zusammenzufinden.

Nicht minder unerquicklich, als die Rückschau der verschiedenen Parteien auf die jetzt abgeschlossene parlamentarische Campagne ist der Ausblick in die nun beginnende Aera der unausgetragenen Conflict und der unbefriedigten und kaum zu befriedigenden Gegensätze. Fürst Bismarck hat, nachdem er den einzelnen Parteien, die er vorübergehend zu Helfern und zu Gegnern gehabt, ihren heutigen Standpunkt zu ihm klar gemacht, sich wiederum der Idee einer Rückkehr seiner verrirrten national-liberalen Anhänger zu der conservativen Phalanx genähert. Darin sieht er die sichere Grundlage seiner Reichspolitik; das conservativ-clericale Bündnis, das er voriges Jahr für die Verwirklichung seines wirtschaftlichen Programms verwertete, gefällt ihm nicht mehr; das Centrum wird unangeberdig und verlangt, ehe es weiter arbeitet, greifbare Zugeständnisse auf dem kirchlichen Gebiet. Fürst Bismarck stellte bereits am Schlusse seiner Rede für eine möglicherweise sehr nahe Zukunft, wann er nicht mehr Minister sein werde, ein auf die Coalition des

Centrums und der conservativen Parteien sich stützendes Cabinet als Popanz für die unbußfertigen Liberalen auf. Als Wiederhall seiner Rede ertönte auch sofort aus Benningsens Mund die Verkündigung der Nothwendigkeit einer liberal-conservativen Majorität. Allein ungerührt und ungläubig verhalten sich, mit Ausnahme der erprobten Triarier Benningsens, die anderen Parteien dieser lockenden Bottschaft gegenüber.

In national-liberalen Kreisen geht das Gerücht, dass Benningsens Berufung als Minister in Aussicht stehe, doch hegen weniger sanguinische Politiker gerechte Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Gerüchtes. Die „Germania“, welche desselben Erwähnung thut, bemerkt: „Was uns betrifft, so könnten wir einem Ministerium Benningsens in voller Ruhe entgegensehen, aber wir glauben, dass der national-liberale Meister der Compromisse auch diesmal seine Kunst ohne Dank ausgeübt hat. Den Gewinn aus der großen Action des Reichskanzlers hat einzig das Centrum gezogen, dessen Anhänger sich überall zu neuen politischen Kundgebungen rüsten, um dem Reichskanzler den Beweis zu liefern, dass es ein vergebliches Beginnen sei, die Centrumswähler von ihren Abgeordneten zu trennen.“

Während es dergestalt den Anschein hat, als ob der Kulturkampf mit alter Leidenschaft wieder aufgenommen werden soll, verlautet andererseits, dass die Regierung nach wie vor auf die Herstellung eines modus vivendi mit der Curie rechnet; jedenfalls wird die mehrfach erwähnte Vorlage, betreffend die discretionären Befugnisse der Regierung in Handhabung der Mai-Gesetze, an den preussischen Landtag gelangen, der am 20 d. M. zusammentritt. Indem die Regierung diese Vorlage macht, geht sie, wie officiöserseits angedeutet wird, von dem Gedanken aus, dass ein solches Vorgehen auf den weiteren Gang der Verhandlungen mit der Curie günstigen Einfluss ausüben müsse. So lange der Papst kein weiteres Entgegenkommen zeigt, so lange wird die Regierung von dem ihr zu ertheilenden „Friedensinstrument“ selbstverständlich keinen Gebrauch machen. Das Centrum wird natürlich die aus drei Paragraphen bestehenden Vorlagen bekämpfen und erklären, seine Opposition nur aufgeben zu können, wenn die Mai-Gesetze annulliert würden. Die kirchliche Frage steht jedenfalls augenblicklich im Brennpunkt der politischen Action, erscheint aber verworrener denn je. Das Centrum nimmt wieder seine alte Festerstellung ein, nachdem ihm der Kanzler den Fehdehandschuh hingeworfen, und doch lebt man in gewissen hochgestellten Kreisen der festen Zuversicht, dass noch in diesem Jahre der Kirchenfriede hergestellt werde. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht eine Mittheilung der „Westfälischen Zeitung“ aus Köln. Darnach hat man von hoher Stelle in Berlin an den Regierungspräsidenten v. Bernuth die Anfrage gelangen lassen, ob die für dieses Jahr in Aussicht genommene Feier anlässlich der Fertigstellung der Thürme des Kölner Domes nicht auf das nächste Jahr verschoben werden könne. Bis dahin hofft man den Kulturkampf beendet zu sehen, und die Versöhnung zwischen Staat und Kirche würde dann bei dieser Domfeier den denkbar großartigsten Ausdruck finden, indem gewisse Kreise mit Sicherheit darauf rechnen, dass der Papst zu diesem Anlasse nach Köln kommen und mit Kaiser Wilhelm dort zusammentreffen würde.

Vorgänge in Frankreich.

In Frankreich entfalten die Clericalen und die Radicaleten gegenwärtig eine fieberhafte Thätigkeit. Nach dem „Français“ sind die Jesuiten mit ihren Vorbereitungen für den Tag der Auflösung bereits fertig; sie haben ihre sämtlichen Collegen und Anstalten notariell an weltliche Vertrauensmänner übergeben, unter deren Namen und Firma sie ihren Unterricht „als Individuen“ fortzuführen gedenken. Für das große Institut in der Rue des Postes wäre ihr Strohmann dem Vernehmen nach niemand anderer als der Senator Chesnelong. Die Regierung hat eine genaue Controle und Berichterstattung über diesen Besitzwechsel angeordnet, um die nöthigen Maßregeln rechtzeitig treffen zu können. Diese Machinationen sind indessen nur ein Theil des Programms, das die Ultramontanen für den Widerstand bereits fertig haben und welches von dem päpstlichen „Monde“ ungeniert veröffentlicht wird. Geldsammlungen und Propaganda spielen in demselben die Hauptrolle.

Abgesehen von den Streitigkeiten über den geistlichen und weltlichen Schulunterricht, ist man in Frankreich über die Nothwendigkeit, den Schulunterricht überhaupt zu verbreiten und zu verbessern, allseitig einverstanden. Der Senat genehmigte am vergangenen Montag in erster Lesung einen von dem Unterrichtsminister nachgesuchten und auf sechs Jahresraten vertheilten Credit von 70 Millionen zur Gründung einer Mittelschulkasse, die also nach dem Vorbild der Elementarschulkasse Subventionen und Zuschüsse für den Bau von Lyceen und Collèges zu gewähren hätte. Desgleichen willigte er darein, daß dem Minister für das laufende Jahr zu demselben Zwecke der Betrag von 17 Millionen als außerordentliche Subvention aus den Ueberschüssen der letzten Budgets überwiesen werde.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Verhandlungen über den Antrag Boustalat wieder auf. Danach sollte auf jeden Canton von weniger als 15,000 Einwohnern ein Generalrath und dann auf je 15,000 Einwohner mehr auch ein Generalrath mehr entfallen, wogegen die Regierung den Vorschlag machte, nur den Cantonen von 20,000 Einwohnern und darüber ohne Rücksicht auf das weitere Plus einen zweiten Generalrath zu bewilligen. Mit diesem Systeme würden vierzig Generalräthe ganz unverändert bleiben, der des Nord würde um 35, die des Pas-de-Calais und der Rhône würden um 14 Mitglieder wachsen u. Der Legitimist Darfort de Cibrac und Herr von Marcère vom linken Centrum fanden auch dieses Zugeständnis an das Princip der Verhältnismäßigkeit noch unnöthig, wogegen Floquet es nur als eine Abschlagszahlung, als einen ersten Schritt in einer Richtung, auf die man später noch werde zurückkommen müssen, gelten lassen wollte. Der Regierungsvorschlag drang mit 250 gegen 199 Stimmen durch, desgleichen der Artikel 2 der Vorlage, nach welchem die Wahlen in den Cantonen, wo es sich um zwei Stellen handelt, nach Listen bewirkt werden sollen.

Darauf nahm man, und zwar auf den Antrag des Finanzministers Magnin, als dringlich den Gesetzentwurf, betreffend eine Reform der Gewerbesteuer, in Angriff. Die Gewerbesteuer zerfällt danach in eine feste und eine verhältnismäßige. Die für die erstere in der Tabelle A normierten acht Klassen stießen auf keinen Widerspruch; weiter gelangte die Debatte nicht. Nur als Curiosum sei ein Vorschlag des Abgeordneten Girault erwähnt, eine „Steuer auf Müßiggänger“ einzuführen. Danach sollte jede Person, welche keinem besonderen Berufe obliegt und notorisch von ihrem Einkommen lebt, einer der Miete, die sie zahlt, proportionierten Steuer unterzogen werden und für jeden Dienstboten männlichen oder weiblichen Geschlechtes vom dritten an noch 25 Francs jährlich zu erlegen haben. Ernster und wichtiger ist der Vorschlag des Ausschusses, die großen Modewarenbazare, wie der Louvre, der Bon-Marché u. s. w., in einer besonderen Weise zu besteuern, so zwar, daß sie für jedes Mitglied ihres Personals, vom obersten Commis bis zum Kutscher und Stallknecht herab, 50 Francs (abgesehen von der gewöhnlichen Gewerbesteuer) zu zahlen hätten. Für den Louvre, dessen Personal sich auf 4000 Köpfe beläuft, würde also diese Extra-Auflage nicht weniger als 200,000 Francs per Jahr betragen.

Der Ausschuss des Senates für die Frage, was mit der Ruine des Tuilerienschlusses anzufangen sei, hat nach Anhörung zweier Architekten einstimmig entschieden, daß das Palais nicht von Grund aus neu wieder aufgebaut, sondern, was minder kostspielig und vollkommen ausführbar ist, restauriert und zur Aufnahme eines Museums bestimmt werden soll.

Der Wahlkampf in Italien.

Die italienischen Minister sind nun auch persönlich in den Wahlkampf eingetreten, der Justizminister Villa in Turin, der Unterrichtsminister de Sanctis in Chieti. Der Justizminister hielt im Fortschrittsvereine zu Turin, wo er viele Jahre als Advocat gelebt, eine Candidatenrede. Er erklärte, wie es zur Auflösung der Abgeordnetenkammer gekommen sei; das Ministerium, sagte er, habe aus seinem politischen und finanziellen Programme nie ein Hehl gemacht; es habe dasselbe im Senate bei der Verhandlung über die Wahlsteuer, in der Abgeordnetenkammer bei der Debatte über die auswärtige Politik auseinandergesetzt, und die Kammer habe die Politik des Ministeriums mit 220 Stimmen gutgeheißen. Ohne daß irgendwie neue Thatfachen hinzugekommen wären, blieb das Ministerium einen Monat später in der Minorität, es trat zurück, die Krone nahm seine Demission nicht an, sondern wollte, daß das gestörte Gleichgewicht auf dem durch die Verfassung vorgezeichneten Wege wieder hergestellt werde, daher mußte die Kammer aufgelöst werden. Der Minister wies die von der diffidierenden Linken gegen die Regierung gerichteten Vorwürfe zurück und sprach den Wunsch aus, daß von Turin und Piemont das Lösungswort für die Wahlen: „Ehrenhaftigkeit und Vaterlandsliebe“ ausgehen möge. Die Versammlung schloß mit begeisterten Hochrufen auf den König und Villa.

Der Unterrichtsminister de Sanctis sagte zu den Wählern in Chieti: Schickt uns Männer in die Kam-

mer, die nicht lediglich darauf sinnen, Krisen hervorzurufen und um den Besitz der Regierungsgewalt zu streiten, sondern die Gesetzentwürfe discutieren, welche wir bereit haben. Alle erklären, Reformen zu wollen, aber was die eine Partei will, wird von der anderen durchkreuzt, es wird viel gesprochen und wenig beschlossen. Wenn ihr also wünscht, daß die vorbereiteten Gesetzentwürfe bald Gesetzeskraft erlangen mögen, so schickt uns Männer, welche denselben zustimmen. Der Minister schloß mit einem Hoch auf Ihre Majestäten, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Die Bewegung in Albanien.

Die Vorgänge in Albanien, welche nun die öffentliche Aufmerksamkeit in so hohem Grade auf sich ziehen, verdienen die ernsteste Beachtung. Es handelt sich hierbei entweder um eine Erhebung, welche das Ende der türkischen Herrschaft in Europa herbeizuführen bestimmt ist, oder aber um ein frivoles Attentat der Pforte selbst gegen das mit ihrer Zustimmung vom Berliner Congress geschaffene internationale Recht. In beiden Fällen ist die Partie für die Pforte eine sehr gefährliche, umsomehr, als letztere sich, wie schon häufig, auch in diesem Falle einer Politik der Zweideutigkeit schuldig gemacht und Verhältnisse herausbeschworen hat, die sich mit ihrer Schneide gegen sie selbst wenden. Es droht eben wieder ein kleiner Schneeball zur zerstörenden Lawine anzuschwellen. Das zeigt die Geschichte der jetzigen albanesischen Erhebung aufs deutlichste.

Nach dem Berliner Vertrage sollte die Türkei in dem Zeitraume von zwanzig Tagen nach Austausch der Ratificationen die in Albanien liegenden Bezirke von Plawa und Gusinje an Montenegro abtreten. Es verging aber nicht bloß diese zwanzig Tage, sondern Monat um Monat, ohne daß man in Constantinopel sich dazu herbeiließ, die Gebietsabtretung vorzunehmen. Unter immer erneuerten Vorwänden ward dieselbe hinausgeschoben, während unterdessen in jenem Gebiete unter den Augen der türkischen Behörden die Gegenagitation immer größerer Dimensionen annahm. Mukhtar Pascha wurde wohl von Constantinopel aus mit einer Truppenanzahl entsendet, um eventuell den Widerstand der in Plawa und Gusinje angesammelten Albanesen mit Gewalt zu brechen und die beiden Bezirke an Montenegro zu übergeben. Was es aber mit dieser Mission eigentlich für ein Bewandnis hatte, liegt heute klar zutage. Ghazi Mukhtar Pascha dachte im Ernste durchaus nicht daran, die renitenten Albanesen zum Aufgeben ihres Widerstandes zu zwingen, ja er ließ sich sogar in einen Verkehr mit den Führern der albanesischen Liga ein, welche sich gegen die Autorität der Pforte in directe Auflehnung gesetzt hat. Es war jedenfalls schon ein nicht geringer Erfolg der Liga, daß die Pforte erklärte, sie könne unmöglich zu Gewaltmaßregeln gegen die Albanesen greifen, weil die Gefahr vorhanden sei, daß die türkischen Streitkräfte gemeinsame Sache mit den Albanesen machen. Zugleich mit dieser Erklärung brachte die Pforte eine anderweitige Gebietsabtretung an Montenegro in Vorschlag und ersuchte den italienischen Gesandten Grafen Corti, ihre Propositionen in Cetinje mitzutheilen.

Montenegro gieng darauf ein, das bezügliche türkisch-montenegrinische Uebereinkommen wurde am 12. v. M. in Constantinopel unterzeichnet und bald darauf auch von den Vertretern der Großmächte als Zusatzprotokoll zum Berliner Vertrag ratificiert. Allein die Lösung des türkisch-montenegrinischen Grenzconflictes wurde auch hiedurch nicht herbeigeführt. Als das Arrangement zur Ausführung gelangen sollte, ließ es die Pforte abermals an jener Energie und — Gewissenhaftigkeit fehlen, wodurch allein die Ausführung gesichert werden konnte. Die montenegrinischen Truppen, welche von dem in der Convention vom 12. April bezeichneten Gebiete Besitz ergreifen wollten, wurden von bewaffneten Albanesen daran verhindert, der Generalgouverneur von Slutari, Izzet Pascha, welcher mit dem officiellen Abtretungsact betraut war, sowie Osman Pascha, der Commandant von Tusch, ließen sich eine offenbare Verletzung der Convention vom 12. April zuschulden kommen, indem sie den Montenegrinern nicht die vertragsmäßige vierundzwanzigstündige Frist zur Occupation der bezüglichen Punkte frei ließen. Die Folge davon war, daß albanesische Banden den Montenegrinern mit der Occupation des betreffenden Gebiets zuvorkamen und daselbst feste Stellung nahmen, so daß die Montenegriner nur durch blutigen Kampf dieselben hätten vertreiben können. Seither hat die Pforte nichts gethan, um die von ihr übernommenen Verpflichtungen zur Ausführung zu bringen. Auf die erneuerten Remonstrationen der Vertreter der Großmächte antwortete sie lediglich dilatorisch, zu der von den letzteren verlangten Reoccupation des an Montenegro abzutretenden, von den Albanesen besetzten Gebiets sind von ihr noch keine Anstalten getroffen.

Montenegro, dessen Haltung in dieser Angelegenheit eine vollständig correcte ist, hat nun an die türkische Regierung folgende Forderungen gestellt: „1.) daß die osmanische Regierung die Bestimmung der Constantinopler Convention vom 12. April, laut wel-

cher die montenegrinischen Truppen in den Besitz der besetzten Stellen zu treten haben, ausführe; 2.) daß die montenegrinische Regierung für alle infolge der Nichtdurchführung der erwähnten Clausel seit dem 22. April bis zu jenem Tage, wo die montenegrinischen Truppen von jenen besetzten Punkten regelmäßig Besitz ergreifen, getragenen Kosten und Ausgaben, sowie erlittenen Verluste entschädigt werde; 3.) Montenegro, welches sich auf das Völkerrecht stützt, daß die Beziehungen zwischen zwei im Frieden lebenden Grenzstaaten regelt, verlangt, daß die Regierung des Sultans ernste und energische Maßregeln ergreife, um ihre auf montenegrinischem Gebiete sich befindenden bewaffneten Unterthanen zur Rückkehr in das Kaiserreich zu zwingen und um die Erneuerung eines so anormalen Vorkommnisses zu verhindern.“

Zugleich hat die montenegrinische Regierung eine Appellation an die Gerechtigkeit der Berliner Signatarmächte gerichtet, worin sie auf die feindselige Haltung der Albanesen hinweist und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Großmächte Mittel finden werden, diesem Zustande ein Ende zu machen, und daß sie Montenegro vor der unqualificierbarsten Verfolgung bewahren werden. Der Schluss der diesbezüglichen, an die Vertreter der Großmächte in Cetinje gerichteten Note der montenegrinischen Regierung lautet: „Wir hoffen, daß die diplomatischen Schliche und Ausflüchte die Mächte nicht verhindern werden, die Pforte für diesen Stand der Dinge verantwortlich zu machen, welches auch ihr Ursprung und ihr Zweck sein mag, und daß sie die Pforte endlich verhalten werden, dieser Situation ein Ende zu machen, welche die bedenklichsten Folgen haben kann für den Frieden auf der Balkan-Halbinsel.“

Die Großmächte müssen selbstverständlich dieser Angelegenheit um so mehr ihre vollste Aufmerksamkeit zuwenden, als einerseits die Albanesen mit Plänen umgehen, welche weit über ihren Widerstand gegen Montenegro hinausreichen, während andererseits die Pforte trotz der Gefahr, mit welcher sie die von ihr herausbeschworenen Geister bedrohen, ein Spiel treibt, das mit ihren Verpflichtungen durchaus nicht im Einklange steht und das die ernstesten Folgen nach sich ziehen kann.

Ernte-Aussichten in Oesterreich-Ungarn.

Der Saatenstandsbericht des Ackerbauministeriums nach dem Stande zu Ende April entwirft folgendes Bild der Sachlage:

Im Gegensatz zur sprichwörtlichen Veränderlichkeit des Aprilwetters war die dritte Woche dieses Monats mit einem größeren oder kleineren Theile der vierten nahezu in der ganzen Monarchie durch beständiges „schönes“ Wetter mit verhältnismäßig hochgradiger Wärme ausgezeichnet. Meist zwischen 27. und 29. trat beinahe überall im Gefolge von Niederschlägen mit sehr verschiedener Ergiebigkeit eine sehr bedeutende Temperatur-Erniedrigung ein, hielt bis Ende des Monats an und führte in vielen Gegenden der Nordwestländer und Galiziens zu Nachfrösten. Die relativ meisten Gesamtniederschläge hatten die Nordwestländer, dann Ober- und Niederösterreich und Salzburg; schon beträchtlich weniger hatten die Nordostländer einerseits und die übrigen Alpenländer, namentlich Tirol, andererseits. Ganz ungenügend war das Maß derselben in den Karstländern, sowie in Ungarn und dessen Nebenländern. Die Vegetation ist im allgemeinen gegen gewöhnliche Jahrgänge etwas voraus, in Südtirol — schätzt man — sogar um vierzehn Tage, in den unter zu großer Trockenheit leidenden Gegenden Ungarns ist jedoch die normale Entwicklung gehemmt.

Die Wintersaaten stehen im allgemeinen sehr schön, nachdem sie sich unter dem Einflusse der Wärme bei meist genügender Bodenfeuchte kräftig bestockt und dadurch in verschiedenen Lagen den bis dahin schwachen und schütterten Stand verbessert haben. In vielen Gegenden Ungarns und Siebenbürgens verhinderte die Dürre die entsprechende Bestockung. Bismlich zahlreich sind noch immer die Berichte über die vollzogenen Umadierungen ausgewinteter Saaten, und zwar beinahe aus allen Kronländern, besonders aus Galizien. Wintergerste — besonders in Dalmazien häufig gebaut — ist beinahe überall ausgewintert. Roggen schon bereits allgemein, steht in wärmeren Lagen der mittleren Zone sowie in der südlichen Zone überhaupt schon in Aehren. Weizen steht im allgemeinen besser als Roggen, theilweise sehr üppig. Derselbe schon bereits im südlichen Ungarn.

Der Anbau der Sommersaaten ist nun auch in Galizien und der Bukowina, wenigstens zum größeren Theile, ausgeführt und in den übrigen Ländern, selbst in weniger günstigen Lagen — nur mit Ausnahme der höheren Gebirgsgegenden — beendet. Es wurde wegen der vielen vorgekommenen Auswintierungen gewöhnlich mehrmals angebaut. Diese Saaten, und zwar sowohl Sommerroggen und Sommerweizen als Gerste und Hafer stehen beinahe überall, mit einziger Ausnahme der durch die Dürre am meisten leidenden Gegenden im Banate, theils vortrefflich, theils meist friedigend. Die zeitlich gebauten haben sich meist kräftig bestockt; die jüngeren sind schön gleichmäßig aufgelaufen. Frostschäden haben sich bisher an den bereits genannten Sommersaaten noch nicht merklich

gemacht, doch haben sich solche auf manchen Saaten von Hülsenfrüchten, namentlich in Galizien gezeigt. Im übrigen stehen auch diese Saaten meistens ganz befriedigend. Der Maisanbau ist noch immer im Zuge, in der Bukowina wurde mit demselben erst vor wenigen Tagen angefangen; beendet ist er nur in Niederösterreich und im Küstenlande. In Dalmazien war der Anbau durch die Dürre einigermaßen gehindert. In Krain, Görz und Südtirol, dann Siebenbürgen gibt es schon ziemlich viele grüne Maissaaten. Von dieser Frucht wird im allgemeinen mehr als gewöhnlich angebaut, namentlich in Ungarn und Kroazien.

Was sich vom Raps erhalten hat, hat sich zum Theile erholt, zum anderen Theile ist es schwach geblieben. Der erstere Fall wird aus Niederösterreich, Schlesien und Ostgalizien berichtet, der letztere dürfte nach den vorliegenden Berichten in Böhmen und Mähren vorwiegen. Der Raps fängt in der nördlichen Zone zu blühen an, in Ungarn steht er in voller Blüte. Der Blanzkäfer tritt beinahe überall stark auf. Frühlein steht in Mähren schön, Winterlein, in Oberösterreich gebaut, ist ausgewintert.

Der Anbau der Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben ist in sehr vielen Gegenden beendet oder der Beendigung sehr nahe. Frühe Saaten sind überall schon gekommen und werden theilweise bereits behackt.

Klee und Wiesen gras stehen in der nördlichen und mittleren Zone beinahe überall dicht und versprechen gute und verhältnismäßig zeitliche Futterernten. Ein wenig befriedigender Stand der Futterpflanzen wird nur in wenigen Berichten aus Galizien und der Bukowina gemeldet. In den Karstländern aber sowie im südlichen Ungarn zeigen die Wiesen infolge der Dürre einen größtentheils kümmerlichen Graswuchs, und in Südtirol stehen nur die bewässerten Wiesen schön. Luzerne wird im Wieselburger Comitate und Gras wird im schlesischen (westlichen) Flachlande bereits zu Grünfütter gemäht; vom Klee erwartet man in vielen Gegenden der mittleren Zone bis Mitte Mai Grünfütter.

Der Hopfen treibt in Böhmen, Oberösterreich und Galizien gut an. Ueber den Schaden, welchen der Wein durch den Winter und die Märzfröste erlitten hat, liegen nun bereits genauere Nachrichten vor. Dessen zufolge ist der Schaden in Deutsch-Südtirol sehr groß, in Italienisch-Südtirol, Görz, Steiermark und Kroazien bedeutend, in Niederösterreich, Mähren und Krain mäßig, in Dalmazien und Ungarn nicht bedeutend. Der Vegetationszustand ist sehr verschieden, während in Borarlberg erst die Knospen schwellen, sind im Banate bereits 15 bis 20 Centimeter lange Triebe entwickelt. Soweit der Wein verschont geblieben, treibt er kräftig an und entwickelt reichlich Gescheine, beziehungsweise Traubchen. In Dalmazien und in den meisten Weingegenden Ungarns ist der Stand des Weines derzeit vielversprechend. In der nördlichen und mittleren Zone stehen derzeit die meisten Obstbäume in der Blüte, nur blühen in der ersten die Äpfel meist noch nicht, während in der mittleren die Kirchen meist schon verblüht haben. In der südlichen Zone blühen nur noch hie und da die Äpfel. Die Blüte war und ist meistens reichlich. In Görz sowie auch bei Bozen röthen sich die Kirchen und lassen reichliche Ernte erwarten. In Dalmazien sind die Mandeln misrathen, weil die Blüte erfroren war. Die Oliven in Dalmazien blühen reichlich. Die Maulbeerbäume liefern heuer reichliches Laub, die Seidenraupenzucht wurde aber so sehr eingeschränkt, dass davon verhältnismäßig wenig Nutzen gezogen wird. In Südtirol kriechen die Räuptionen aus, in Görz haben sie zum Theile schon die erste Fäutung überstanden.

Tagesneuigkeiten.

(Das k. k. mineralogische Hofmuseum.) Gegenwärtig nimmt die Mineraliensammlung in der Hofburg in Bezug auf Vollständigkeit den ersten Rang auf dem Continente ein. Die Anzahl der Stücke beträgt 130,000; deren Gesamtwert wird auf circa vier Millionen Gulden geschätzt.

(Doppelselbstmord eines Ehepaars.) Mittwoch nachts hat ein den gebildeten Ständen angehöriges Ehepaar in Wien wegen zerrütteter Vermögensverhältnisse und wegen drückender Nothlage sich vereint den Tod gegeben. Im vierten Stock des Hauses Nr. 19 der Maria-Theresiastraße wohnte seit dem Jahre 1877 der Civilingenieur Peter Fischer, zu Ermelingen in der Schweiz gebürtig, 71 Jahre alt, und dessen Gattin Christine Fischer, zu Böblingen in Württemberg gebürtig, 50 Jahre alt. Die Eheleute Fischer lebten seit der letzten Jahre war der alte Fischer infolge Kränklichkeit seiner Gattin zu sorgen. Privatvermögen hatte er keines, und vermögenslos ist, konnte er keine Unterstützung verlangen. Da er nun den Bins nicht begleichen konnte, wurden seine Mobilien, die auf ungefähr 377 Gulden geschätzt worden sind, vom Hausbesitzer der einen Betrag von

220 Gulden zu fordern hatte, gerichtlich gepfändet. Die harten Schicksalsschläge wirkten niederdrückend auf das Gemüth der armen Eheleute ein, und in einem Augenblick der Verzweiflung faßten sie den Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Mittwoch nachts nahmen sich beide das Leben. Als die Wohnung gewaltsam geöffnet wurde, fand man beide todt. Er hatte sich durch einen Revolvererschuss in den Kopf, sie durch einen Schuss ins Herz getödtet. Drei hinterlassene Briefe der Verbliebenen (an den Sohn, an den Hausherrn und an die Polizeidirection) motivierten den Doppelselbstmord mit ihrer Nothlage.

(Das Dach der Peterskirche.) „Italie“ schreibt: Bekanntlich wird seit mehreren Jahren daran gearbeitet, die Kuppel der Peterskirche in Rom mit Blei einzudecken. Leo XIII. hat nun angeordnet, dass diese Arbeiten beschleunigt werden sollen, und man hofft, dass sie in zwei Jahren fertig werden. Der Anfang wurde im Jahre 1863 gemacht. Man erzählt sich, dass Pius IX. eines Tages zu Monsignor Ricci gesagt habe: „Wie viel Zeit glauben Sie, dass benötigt werde, dieses Dach zu vollenden?“ — „Bier Jahre, Euer Heiligkeit,“ erwiderte Ricci. — „Nun gut, da kann ich die Arbeit fertig sehen.“ — Pius IX. starb 1878. Um den Bleideckern gerecht zu werden, muss man wohl sagen, dass die Arbeiten für einige Zeit unterbrochen wurden. Die Kuppel selbst ist in sechzehn Abschnitte getheilt, von denen noch drei einzudecken bleiben. Jeder Abschnitt benötigt die Kleinigkeit von 333,000 Kilo Blei.

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Schluss.)

VII. Der Obmann der zweiten Section, Kammerath Leopold Bürger, trägt vor den Bericht, betreffend die Melbourne-Ausstellung. Die Kammer hat sich diesbezüglich bereits in zwei Berichten an das k. k. Handelsministerium für eine officielle Behandlung der Angelegenheiten, welche sich auf die Melbourne-Ausstellung beziehen, von Seite der österreichischen Regierung ausgesprochen, obwohl aus dem Kammerbezirke Krain keine Anmeldungen für die bezeichnete Ausstellung eingelangt sind. Das k. k. Handelsministerium hat sodann mit dem Erlasse vom 24. Dezember 1879, Z. 40,408, eröffnet, dass im ganzen eine vorläufig sehr geringe Geneigtheit der beteiligten Kreise zur Beschickung des bezeichneten Unternehmens constatirt wurde. Im Hinblick auf dieses Resultat hat es der Herr Handelsminister abgelehnt, diese Ausstellungsangelegenheit in officieller Weise in die Hand zu nehmen, und es dem österreichisch-ungarischen Exportverein in Wien, beziehungsweise dem aus demselben hervorgegangenen Comité für die Weltausstellung 1879 in Sydney, überlassen, die Durchführung der in Rede stehenden Ausstellung zu bewerkstelligen. Auf Grund dessen hat sich der österreichisch-ungarische Exportverein mit einer Zuschrift an die Kammer gewendet und das Ersuchen gestellt: Die Kammer wolle an die Industriellen ihres Bezirkes die Aufforderung richten, sich an der Melbourne-Ausstellung zu betheiligen und die Anmeldungen ehemöglichst bekanntgeben.

Der Verein hebt in seiner Zuschrift hervor, dass sich die österreichische Industrie in Sydney concurrenzfähig erwiesen hat, dass sie dort mit so vielen Ehren und so vielseitigen praktischen Erfolgen aufgetreten ist, dass sie den Kampfplatz nicht kampflos verlassen dürfe, nachdem sie nicht bloß nach den Berichten der Commission des Vereines, sondern auch nach den übereinstimmenden Urtheilen australischer und französischer Journale den Concurrenten in gar vielen Artikeln vollkommen gewachsen ist. Nach den Mittheilungen haben sich nach Bekanntgabe der Resultate der Sydneyer Ausstellung sehr viele Firmen für die Beschickung ausgesprochen, obwohl der Verein nicht in der Lage war, Begünstigungen materieller Natur versprechen zu können.

Nach seinen Intentionen handelt es sich darum: 1.) Zur Bestreitung der mit der Ausstellung nothwendig verbundenen General-Kosten und insbesondere zur Dotierung eines commercieell gewandten Generalvertreter der österreichischen Aussteller eine namhafte Subvention aus Staatsmitteln zu erwirken; 2.) durch gemeinschaftliches Vorgehen und mit Unterstützung der Regierung billigste Fracht zu erwirken; 3.) die Industriellen zu einer großen Betheiligung anzueifern, um dadurch die Kosten für jeden Einzelnen billiger zu gestalten.

Mit diesen Mitteln wird sich, wie in Sydney, so auch in der für Oesterreichs Industrie fast noch wichtigeren Melbourne-Ausstellung, ein schöner Erfolg erzielen lassen, ein Erfolg, den der Verein weniger in ehrenden Anerkennungen als in der Gewinnung neuer commercieeller Verbindungen sucht. Die obangegebenen Bestrebungen werden hoffentlich erreicht werden, denn das k. k. Handelsministerium hat bereits einem Nachtragscredite von 10,000 fl. die verfassungsmäßige Genehmigung erbeten, die wohl zuversichtlich gewährt werden wird, auch rücksichtlich einer billigen Fracht sind Schritte gemacht worden, die zu einem günstigen

Resultate führten; desgleichen hat sich die Zahl der Aussteller bedeutend vermehrt.

Die Section glaubt demnach, dass es nöthig erscheint, die hierländigen Industriellen nochmals auf diese Ausstellung aufmerksam zu machen, welche am 1. Oktober eröffnet wird und für die die Güter längstens am 1. Juli ab Triest verladen werden müssen. Infolge dessen beantragt sie: 1.) die Kammer wolle die Industriellen Krains nochmals auf die Melbourne-Ausstellung aufmerksam machen; 2.) den österreichisch-ungarischen Exportverein in Wien über das bisher in dieser Sache Verfügte zu verständigen.

Diese Anträge wurden stimmeinhellig angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

(Der Herr Landespräsident Winkler) ist heute früh mit dem Schnellzuge von Wien hier eingetroffen.

(Ergebnis der gestrigen Landtagswahl.) Bei der gestern im Treffen-Ratsbacher Wahlbezirke der unterkrainischen Landgemeinden stattgefundenen Landtags-Ergänzungswahl wurde der Candidat der nationalen Partei, Herr Peter Grasselli, von 117 abgegebenen Stimmen einstimmig zum Landtagsabgeordneten gewählt. Die liberale Partei hatte für diese Wahl bekanntlich keinen Candidaten aufgestellt.

(Krainisches Landesgesetzblatt.) Heute wurde das III. Stück des diesjährigen Landesgesetzblattes für Krain ausgegeben; dasselbe enthält eine Kundmachung des krainischen Landes Schulrathes, betreffend die Supplirung von Lehrstellen an öffentlichen Volksschulen.

(Laibacher Aichamt.) Das hiesige k. k. Aichamt ist infolge einer ministeriellen Anordnung von nun an auch zur Bornahme der Aichung und Stempelung von Präcisionsgewichten und Präcisionswagen ermächtigt.

(Kanalbau-Schwierigkeiten.) Infolge Eröffnung der neuen Knappgasse hat sich die Vertiefung des die Schellenburggasse durchziehenden Kanals als nothwendig herausgestellt, die denn auch mit Beginn dieser Woche in Angriff genommen wurde, wodurch die Passageverhältnisse in diesem vielbesuchten Stadttheile eine sehr empfindliche Störung erlitten. Obwohl letztere in keinem Falle ganz zu vermeiden war, so glauben wir doch, dass die Durchführung dieser Arbeit in etwas rascherem Tempo möglich gewesen wäre und dass jene Rücksicht, auf welche nicht nur die Bewohner und Gewölbinhaber, sondern vor allem auch die sehr zahlreichen Passanten dieser schon des Postgebäudes wegen außerordentlich stark frequentierten Gasse Anspruch haben, nicht in volstem Maße beobachtet wurde. Während zu Beginn wenigstens die Benützung der beiden an dieser Stelle glücklicherweise befindlichen Durchgänge im Postgebäude und im Ludmann'schen Hause offen stand, war letzterer seit Mittwoch bereits vollkommen verstellt und selbst der Zugang zum Postgebäude nur unter großen Schwierigkeiten und der beständigen Gefahr möglich, von einem der unsichtbar arbeitenden Cyclophen mit einem Schaufelwurfe voll Erde von oben bis unten bedacht zu werden, wie dies dem Schreiber dieses auch thatsächlich passiert ist. Erst gestern scheinen die Arbeiter den unserer Ansicht nach schon früher an der Zeit gewesen und gewiss auch ohne große Schwierigkeiten durchführbaren Auftrag erhalten zu haben, den ausgehobenen Schutt lediglich nur auf eine Seite, entlang dem Ludmann'schen Gebäude, zu werfen und so wenigstens die kurze Trottoirstrecke vor dem Postamte freizuhalten. Auch die Anwesenheit eines Sicherheitswachmannes an dieser Stelle vermifsten wir ganz, so oft wir diese Strecke auch zu passiereren genöthigt waren, obwohl die vielen Verkehrs-schwierigkeiten, die sich daselbst ununterbrochen entwickelten, in diesen Tagen die Aufstellung eines ständigen Postens zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Unterweisung des Publicums dringend erfordert hätte. Wäre ein solcher an Ort und Stelle gewesen, so hätte sich der in Wirklichkeit wiederholt vorgekommene Fall gewiss nicht ereignet, dass der ohnehin schon auf das Minimum beschränkte Verkehrsweg im Malitsch'schen Hofe überdies noch durch Bauwagen arg verstellt wurde, welche mitunter ohne zwingende Veranlassung und im leeren Zustande durch längere Zeit mitten im Wege standen, so dass das Publicum manchemal in der That nicht wo ein und wo aus wusste. Es sind dies kleine Versäumnisse, die leicht und um so eher hätten vermieden werden sollen, als es Pflicht des Magistrates gewesen wäre, die nun einmal unabwendbare und in jedem Falle sehr fatale Verkehrsstörung wenigstens auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Hoffentlich werden durch die nunmehr rasch zu beendenden Arbeiten alle weiteren Schwierigkeiten von selbst behoben werden, was im Interesse des Verkehrs wohl sehr zu wünschen wäre.

(Aussteller aus Krain.) Für die im September d. J. in Graz stattfindende Landesausstellung sind außer den bereits erwähnten auch noch folgende Anmeldungen aus Krain eingelaufen: Heinrich Schwingshael in Laibach; gezogene Kupferrohren und diverse Kupfergeschirre; Fidelis Terpinz in Kaltenbrunn; Farbhölzer und Wurzeln; Caroline Lapaine in Idria; Zwirn- und Kirchengespinn; Emma Rauch in Idria; Frische Spitzarbeiten; Beylam-Josefthal; Papier und Holz-

flor; Baron Bois & Comp. in Seebach: Parketten und Möbel; Franz Potnik in Verb: Parketten und Fourniere.

(Rein Tageseilzug.) Vor mehreren Wochen erschien bekanntlich in allen Wiener Blättern eine gleichlautende, allem Anscheine authentische Notiz, der zufolge die Generaldirection der Südbahn beschloffen habe, den seit 3. Jänner d. J. bekanntlich bloß bis Marburg verkehrenden Tageseilzug vom 15. Mai d. J. an sowie früher, vor Einführung des Nachtzilzuges, wieder bis Triest auszudehnen.

(Erdaubrutschung.) Mit Bezug auf die vor kurzem in Steinbrück erfolgte neuerliche Erdaubrutschung wird der „Tgpt.“ unterm 12. d. M. von dort berichtet, daß dieselbe nicht durch den Druck der Erdmassen, sondern durch Ablösung eines großen Theiles eines Felsens erfolgt ist. Das auf dem Felsen befindliche Erd- und Schottermateriale verschüttete die Straße, welche von dem Dorfe Mailand in den Tunnel einmündet.

(Justizprüfungen im Jahre 1879.) Im Sprengel des Oberlandesgerichtes für Steiermark, Kärnten und Krain haben sich im Jahre 1879 der Richteramtprüfung 32 und der Notariats- und Advocatenprüfung je 4 Candidaten unterzogen, von denen bis auf je einen Candidaten der beiden erstgenannten Kategorien sämmtliche approbiert wurden.

Im Sprengel des Oberlandesgerichtes für Steiermark, Kärnten und Krain haben sich im Jahre 1879 der Richteramtprüfung 32 und der Notariats- und Advocatenprüfung je 4 Candidaten unterzogen, von denen bis auf je einen Candidaten der beiden erstgenannten Kategorien sämmtliche approbiert wurden.

im böhmischen Oberlandesgerichtsprengel, woselbst 79 für das Richteramt geprüft und nur 22 zu Gerichtsadjuncten befördert wurden, was zu Ungunsten der Beförderten eine Differenz von 57 = 259 Procent ergibt.

Neueste Post.

Wien, 14. Mai. Das „Vaterland“ meldet: Die drei Clubs der Rechten hielten gestern alle im „Hotel Metropole“ — jedoch gesondert — ein Abschiedsfest. Graf Hohenwart betonte die Einigung der Rechten, versichernd, daß die Rechte ungeachtet der gegnerischen Provocationen sich aus ihrer mäßigen Haltung nicht herausbringen lassen werde.

Wien, 14. Mai. (Presse.) Aus Pest wird gemeldet: Das Wiener auswärtige Amt läßt in allen hiesigen Journalen, welche mit demselben Fühlung haben, erklären, daß die Mächte allerdings die Frage ventilieren, was zu geschehen habe, wenn die Pforte auch auf ihre zweite Collectivnote eine ungenügende Antwort ertheilen sollte; die Ansicht jedoch habe keine einzige Macht, also auch nicht Rußland, ausgesprochen, daß die Pforte durch militärische Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden müsse.

Pest, 14. Mai. (N. fr. Pr.) Von competentester Seite wird versichert, daß die Mittheilung des „Egypertes“, die Krone des heiligen Stephan sei verschwunden, vollkommen unrichtig und, soweit damit politische Zwecke verfolgt werden, eine tendenziöse Erfindung ist. Die Archäologen, welche die Krone vor wenigen Tagen untersucht haben, erklären aufs bestimmteste, daß der obere Theil der Krone viel älter ist als der untere, und daß die ineinandergreifenden oberen Reife von der Krone des heiligen Stephan herrühren.

Berlin, 14. Mai. (Presse.) Der Anschluss Sanct Paulis ist definitiv aufgegeben, bezüglich Altonas noch fraglich. In Otensen ist eine agrarische Banik ausgebrochen; zahlreiche Hypotheken werden gekündigt. Die schließliche Verständigung zugunsten Hamburgs scheint zweifellos.

Paris, 13. Mai. (Presse.) Die Akademie wählte an Stelle Favres den Advocaten Rouffe, einen Jesuitenfreund, mit 18 Stimmen; Manuel, ein Republikaner, erhielt 13, Bornier 3, Vallne, Bonapartist, 1 Stimme. In Marseille und Umgegend wurden die Frohnleichnamsp processionen verboten. Der Banquier Dallain, der zwei Millionen an der Börse verloren hat, tödtete sich durch einen Revolveranschuss.

Brüssel, 14. Mai. Der Kronprinz Rudolf ist um 4 Uhr morgens in Laeken eingetroffen und wurde vom Könige begrüßt.

London, 14. Mai. 25,000 Weber in Blackburn haben gestern die Arbeit eingestellt, um eine fünfprocentige Lohnerhöhung zu erzwingen. Der Strike wird wahrscheinlich größere Dimensionen annehmen.

— Es wird eine 4 1/2 procentige Anleihe von 313 Laß Rupien gleich 2.608,333 Pfund Sterling angekündigt. Die Anleihe erfolgt angehts der erhöhten Kosten des afghanischen Krieges.

London, 14. Mai. (Br. Allg. Ztg.) Eine officiöse Constantinopler Meldung constatirt die vollständige militärische Machtlosigkeit Mukhtar und Fzzet Paschas und das Zufließen ausländischer Elemente zur albanesischen Liga, in welcher unter Hodo Bey bereits 18 ehemalige garibaldinische und unter Ali Pascha und Sengler Bey (Saint-Clair) an 14 ehemalige englische Officiere commandieren.

Moskau, 13. Mai. (Br. Allg. Ztg.) Hier wird ein allgemein slavisches Gymnasium für die slavische Jugend aus Oesterreich-Ungarn und dem Oriente errichtet. 120,000 Rubel sind bereits von Slavophilen gezeichnet worden.

Bukarest, 13. Mai. (Presse.) Das hier mehrfach circulierende Gerücht, daß anlässlich der am 22. d. M. stattfindenden Feier der Unabhängigkeitserklärung Rumäniens die Erhebung Rumäniens zum Königreich ausgesprochen werden soll, wird in Regierungskreisen mit dem Bemerkten officiell und auf das entschiedenste dementiert: daß weder Fürst Carl noch seine Regierung an eine solche Eventualität denken. Auch die Reise des fürstlichen Paares nach Deutschland wird zur Stunde noch als Project betrachtet.

Athen, 13. Mai. Der König, die Königin und die königliche Familie werden sich an Bord der „Amphitrite“ über Triest nach Dänemark begeben.

Constantinopel, 13. Mai. Der Sultan hat der deutschen Botschaft einen großen, in Therapie gelegenen Grundbesitz zum Geschenke gemacht.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 14. Mai. Papier-Rente 72 40. — Silber-Rente 73 25. — Gold-Rente 88 50. — 1860er Staats-Anlehen 130 50. — Bankactien 837. — Creditactien 275. — London 118 80. — Silber — — R. f. Münz-Ducaten 5 62. — 20-Franken-Stücke 9 46 1/2. — 100-Reichsmark 58 45.

Angekommene Fremde.

Am 14. Mai. Hotel Stadt Wien. Kellermann, Schmidt, Wüste und Quapill, Klausente, Wien. Hotel Elephant. Begival, Reisender, und Freund, Wien. — Dr. Robicek, k. k. Ober-Stabsarzt, und Bleit, Ingenieur, Graz. — Lündner, Innsbruck. — Biskinar, k. k. Gerichtsadjunct, Feistritz. Hotel Europa. Singer, Reisender, Graz. — Lustig, Schachspieler, Brünn.

Verstorbene.

Den 13. Mai. Margareth Paszvar, Pfriindnerin, 76 J., Karlsruherstraße Nr. 9, chronische Lungentuberculose. Den 14. Mai. Barbara Dobnikar, Dienstmangsgattin, 50 J., Wienerstraße Nr. 15, Lungenblutung. Im Civilspitale: Den 13. Mai. Anton Grastar, Tagelöhner, 37 J., chronische Lungentuberculose.

Lottoziehung vom 12. Mai:

Brünn: 29 23 72 76 71.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0°C reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Stimmels, Regen in Millimetern. Data for 14. 7 U. Mg., 2 „ N., 9 „ Ab.

Mittags Gewitter aus W. mit Hagregen, nachmittags 5 Uhr Gewitter aus O. mit starkem Regen, nicht lange andauernd. Das Tagesmittel der Wärme + 14.8°, um 1-0° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht. Wien, 14. Mai. (1 Uhr.) Die Börse befand sich in ausgesprochen besiegelter Tendenz, und die Contremine schritt zu Deckungen, was eingelagerten Berichten zufolge auch in Berlin geschehen sein soll. Specielle Anregung fand die Speculation in den Berichten aus Pest über die dort vorherrschende Tendenz des Getreidehandels.

Table with columns: Gattung, Gek., Ware. Sections include Grundentlastungs-Obligationen, Actien von Banken, Actien von Transport-Unternehmungen, Franz-Joseph-Bahn, Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen, and Devisen.

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 72 35 bis 72 45. Silberrente 73 10 bis 73 20. Goldrente 88 60 bis 88 70. Credit 275 10 bis 275 30. Anglo 134 30 bis 134 50. London 118 85 bis 119. Napoleons 9 47 1/2 bis 9 48.